



Sozialdemokratische Partei
Stadt Bern

JAHRESBERICHTE 2009

Inhaltsverzeichnis

1. Bericht des Präsidiums	3
2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion	7
3. Bericht der städtischen Grossrätinnen und Grossräte	12
4. Gemeindeabstimmungen	15
5. Mitgliederentwicklung	16
6. Jahresrechnung	17
7. Gewinn- und Verlustrechnung	18
8. Berichte der Arbeitsgruppen	19
9. JUSO Bern	25
10. Kontaktadressen	27

Impressum

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23
Tel: 031 370 07 90
Fax: 031 370 07 81
E-Mail: bern@spbe.ch
www.spbern.ch
Druck: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern
Auflage: 400
Februar 2010

1. Bericht des Präsidiums

Nachdem die städtischen Wahlen Ende 2007 im Gemeinderat zwar ein ausgezeichnetes RGM-Ergebnis, der SP im Stadtrat aber deutliche Verluste gebracht hatten, die parteiintern intensiv diskutiert worden sind, zeigte sich im Mai 2008, dass die SP auch heute keineswegs immer zu den Verlierern gehören muss. Bei den Regierungsstatthalter-Wahlen im Wahlkreis Bern-Mittelland erzielte der SP-Kandidat Christoph Lerch ein glänzendes Resultat und schlug den von den bürgerlichen Parteien unterstützten Kandidaten mit 59 Prozent Ja-Stimmen – in der Stadt siegte er gar mit 70 Prozent.

Eines der prägenden Themen im Jahre 2009 bildete die Wirtschaftskrise mit Arbeitslosenzahlen vergleichbar mit denen der Jahre 1937 und 1997 und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 6 Prozent. Eine Arbeitsgruppe aus SP-Mitgliedern aller drei politischen Ebenen Bund, Kanton und Stadt Bern machte im Frühjahr eine vertiefte Analyse und diskutierte zahlreiche, teilweise auch unspektakuläre, Massnahmen. Diese wurden als Paket von der SP-Fraktion im Stadtrat eingereicht. Im Dezember 2009 stand einer dieser Vorstösse, der existenzsichernde Löhne anstelle von Sozialhilfe forderte, auf der Traktandenliste des Stadtrates. Schockierend für mich ist die Tatsache, dass die Exponenten von SVP und FDP, aber auch der GLP, nach dem Beinahe-Zusammenbruch der Weltwirtschaft kein Jota von den neoliberalen Kernsätzen – Wirtschaftsfreiheit, Gewinnorientierung, Ablehnung von Mindestlöhnen, alleine Angebot und Nachfrage bestimmen die Löhne – abgewichen sind. In einem Streitgespräch zur Wirtschaftskrise behauptete der Wirtschaftsexperte der FDP sogar, unter der Krise – er nannte sie eine konjunkturelle Abkühlung – hätten die Aktionäre und nicht die entlassenen ArbeitnehmerInnen am meisten gelitten. Dabei leben allein im Kanton Bern 90'000 Arme, in der Schweiz sind es rund 900'000, von denen 400'000 für eine 100%-Stelle weniger als dreitausend Franken im Monat erhalten.

Es braucht das ganze Engagement der SP, damit dringende Massnahmen überhaupt ergriffen werden und die Sozialversicherungen nicht weiter unter Druck kommen. So gehörte die Sozialhilfe-Debatte auch 2009 und damit nach den Wahlen zu den politischen Dauerbrennern, obwohl die wesentlichen Auseinandersetzungen und die wichtigsten Reformschritte bereits 2007 und 2008 über die Bühne gingen. Für die langfristige politische Arbeit im Wirtschaftsbereich hat eine AG der SP Stadt zudem ein Positionspapier verfasst, das von der Delegiertenversammlung verabschiedet wurde.

Dass mit der Einreichung einer Initiative die politische Arbeit nicht zu Ende ist, zeigte sich am Beispiel der Kita-Initiative. Diese hat bei anderen Parteien für viel Wirbel gesorgt. Insbesondere die neuen Gruppen GLP und BDP versuchten sich mit dem Thema Betreuungsgutscheine zu profilieren. Es ist eine sehr erfreuliche Sache, wenn sich andere Parteien mit einem Kernthema der SP befassen, auch wenn sie andere Vorschläge bringen. In den kommenden Debatten um unsere Initiative und einen allfälligen Gegenvorschlag wird die SP aufzeigen müssen, dass ein Rechtsanspruch der richtige Weg ist, um möglichst allen Kindern gleiche Chancen zu geben, und weshalb Betreuungsgutschriften in der bisher diskutierten Form zu einer Privatisierung der Kitas und einer Ghetto-Bildung in den Quartieren führen, welchen die SP nicht zustimmen kann.

Knapp, aber eben doch abgelehnt wurde in der Volksabstimmung die Initiative für einen autofreien Bahnhofplatz, die die SP mit anderen Parteien und Gruppierungen eingereicht hatte. Vermutlich haben wir BefürworterInnen in einer gewissen Selbstzufriedenheit zu wenig getan, zudem ist eine breite Koalition noch lange kein Garant für einen Abstimmungssieg. Zudem haben die bürgerlichen Gegner geschickt mit der Angst vor Mehrverkehr in den Quartieren argumentiert – natürlich nur bis zum Abstimmungssonntag.

Die umstrittene Volksabstimmung über die Zukunft des Progr ist hingegen im Sinne der SP ausgefallen. Der Progr bleibt den Kulturschaffenden erhalten. Der Ort war deshalb auch ein guter Rahmen für das zweite Vernetzungstreffen innerhalb der SP. Erneut trafen sich im August zahlreiche SP-Mitglieder, die in ihren Funktionen wichtige Aufgaben auch im Namen der Partei wahrnehmen, mit Partei- und Geschäftsleitungsmitgliedern.

Die JUSO legte ein starkes Jahr hin, das unter anderem mit Tanja Walliser wieder ein JUSO-Mitglied in den Stadtrat brachte. Ihre erfrischenden Auftritte sorgten auch bei den andern Parteien für Aufsehen: «Die JUSO ist wieder da», hiess es selbst von Mitgliedern, die nicht der SP-Fraktion angehören. Sogar die Roten Falken waren am 1. Mai mit einem Stand präsent.

Ein erfreuliches Ereignis ist aus dem Sekretariat zu melden: SP-Sekretärin Leyla Gül wurde Mutter eines bezaubernden Bubens und bezog einen längeren Mutterschaftsurlaub. In dieser Zeit wurde sie kompetent vertreten von Andrea Bauer. Herzliche Gratulation an Leyla und ein grosses Merci an Andrea im Sekretariat.

Delegiertenversammlungen und Hauptversammlung

An den sechs Delegiertenversammlungen stellten wir interessante und aktuelle Themen zur Diskussion und konnten so zur Meinungsbildung der Anwesenden beitragen.

An der DV vom 19. Januar blickten wir zurück auf die Stadtratswahlen 2008. Werner Seitz analysierte das Wahlergebnis, welches der SP Stadt Bern einen Verlust von vier Sitzen im Stadtrat gebracht hatte. Dass die Gemeinderatsliste von RGM von jeder/jedem zweiten Stimmberechtigten eingelegt worden war, stand damit in krasssem Gegensatz zum Verlust der SP im Parlament. Werner Seitz konnte keine eindeutigen Gründe für diesen Verlust an Stimmen ausmachen, der sich sowohl nach rechts als auch (etwas weniger) nach links auswirkte. Massgeblich zum Verlust der Sitze hatte wohl die verschärfte Konkurrenz durch neue Parteien wie GLP und BDP beigetragen. Die Anwesenden waren sich mehrheitlich einig darüber, dass der Wahlkampf mit guten Print-Produkten und mit viel Engagement geführt worden war.

Die HV vom 2. März stellten wir unter das Hauptthema «Wirtschaftskrise»: Christian Levrat stellte die Sicht der SP Schweiz auf die Krise dar und erläuterte, wie bzw. mit welchen Forderungen die SPS der Krise entgegentreten will. Die HV genehmigte ferner eine Statutenrevision, welche in erster Linie Anpassungen der strukturellen Abläufe zur Folge hatte. Neu heisst das bisherige «Büro GL» «Parteileitung» – wodurch die tatsächliche Arbeit dieses Gremiums viel besser zur Geltung kommt. Die statutarischen Geschäfte konnten problemlos abgewickelt werden, und alle bisherigen Mitglieder der Parteileitung wurden wiedergewählt.

Die DV vom 27. April führte mit ihrem Hauptthema «Das Ende der alten Medien – Perspektiven künftiger Kommunikation» zu einer schon lange nicht mehr dagewesenen Aufmerksamkeit der Medien. Nach einem Referat von Hanspeter Spörri, Journalist und ehemaliger Chefredaktor des «Bund», folgte ein später als «Medienschette» titulierter Rückblick – aus Sicht der SP – auf die Rolle der Medien um den Wirbel in der Sozialhilfe-Debatte.

Das Thema Wirtschaft prägte unsere DV vom 15. Juni: Nach einer Einführung von Co-Präsident Thomas Göttin zur Arbeit der SP-internen «Task Force Wirtschaftskrise» referierte Ursula Wyss, die das globale Ausmass der Krise ins Zentrum setzte. Anschliessend verabschiedeten die Delegierten das von der AG Wirtschaft erarbeitete Positionspapier mit längerfristigen wirtschaftspolitischen Thesen und Handlungsfeldern.

Eine weitere spannende DV folgte am 31. August zum Thema «Videoüberwachung im öffentlichen Raum». Auf dem Podium diskutierten unter der Leitung von Andreas Schefer Bettina Surber, Co-Präsidentin der SP St. Gallen, Mario Flückiger, Ombudsmann und Datenschutzbeauftragter der Stadt Bern, Markus Meyer, SP-Grossrat und Präsident des Polizeiverbandes Kanton Bern, und Ulrich Pfister, Sicherheitschef des Schweizerischen Fussballverbandes. Im Anschluss an die sehr angeregte und engagierte Diskussion verabschiedeten die Delegierten das Positionspapier «Videoüberwachung im öffentlichen Raum». Im Schulhaus Stapfenacker fand am 26. Oktober die letzte DV des Berichtsjahres statt zur Frage: «Umsetzung des Integrationsartikels und Reduktion auf nur noch ein Schulmodell und eine Schulkommission – (zu) viele Reformen für die Volksschule?». Die Delegierten sprachen sich nach der angeregten und differenzierten Diskussion bei einer konsultativen Abstimmung ganz klar gegen eine Einheits-Schulkommission und mehrheitlich für ein durchlässiges, integratives Schulmodell aus.

Partei- und Geschäftsleitung

Wie immer begann das politische Jahr für die Parteileitung mit der zweitägigen Retraite im Januar. Das im Vorjahr aufgegleiste Projekt «Sekretariat 2010» wurde von der eingesetzten Arbeitsgruppe erläutert, diskutiert und überarbeitet. Ziel des Projektes ist es, das politische Sekretariat in Zusammenarbeit mit der SP Kanton zu festigen und letztlich mit mehr Ressourcen auszustatten. Daneben diskutierte die Parteileitung Ziele und Schwerpunkte für 2009 und bewertete diese nach Dringlichkeit, Risiken und Chancen. Ziele und Massnahmen wurden der Geschäftsleitung am 18. März zur Kenntnis gebracht.

Partei- und Geschäftsleitung bereiteten im letzten Jahr etliche wichtige Geschäfte für die Delegiertenversammlung vor: den Schlussbereich zu den Gemeindewahlen 2008, das Papier zu den wirtschaftspolitischen Thesen und Handlungsfeldern für die Jahre 2009–2015, die Nominationsgrundlagen für die Grossratswahlen 2010, die Geschäftsordnung, zahlreiche Parolenfassungen, das Einsetzen einer AG Kampagne, die Anstellung einer Stellvertretung für Leyla Gül während ihres Mutterschaftsurlaubs sowie das Positionspapier zur Videoüberwachung.

Weiter wurde die Zusammenarbeit innerhalb des RGM-Bündnisses sowie mit den Gewerkschaften und Personalverbänden in der Stadt diskutiert. Mit dem Dachverband der Angestellten der Stadt Bern fand erstmals ein Austausch statt. Zweimal traf sich die Parteileitung zudem mit den Präsidien der parteiinternen Arbeitsgruppen.

Schliesslich beteiligte sich die SP Stadt Bern auch im Berichtsjahr wieder an zahlreichen Vernehmlassungen und Mitwirkungen:

- Zonenplan, ZPP Mühledorfstrasse und Überbauungsordnung Baubereich C+D; 15.01.
- Teilrevision des Schulreglements; 23.01.
- Reglement über die Spezialfinanzierung für die Schulen und über die Klassenkassen; 25.05.
- Vorschlag für neue Spielfeldorte auf den Allmenden; 30.06.
- Einführung einer kommunalen Tourismusförderungsabgabe in Bern; 20.08.
- Quartierplan und Teilverkehrsplan Motorisierter Individualverkehr Stadtteil III; 17.09.
- Teilrevision des Personalreglements der Stadt Bern; 08.02.

Zuhanden der SP Kanton Bern äusserte sich die SP Stadt Bern zudem mit einer Konsultation zum Konzept und Massnahmenplan Bildung und Kultur.

Nach einer äusserst kontroversen Diskussion zum Zonenplan und zur Überbauungsordnung Holligen in der Geschäftsleitungssitzung vom 14. Januar entschied die GL, dazu bewusst keine Mitwirkung zu verfassen.

Zusammensetzung der Parteileitung:

Thomas Göttin und Béatrice Stucki (Co-Präsidium), Felix Hauser (Vizepräsident), Giovanna Battagliero (Präsidentin SP/JUSO-Fraktion), Theo Füeg (Finanzverantwortlicher), Leyla Gül und Andrea Bauer (Parteisekretärinnen), Stefan Jordi, Annette Lehmann, Andreas Schefer, Miriam Schwarz (freie Mitglieder).

Thomas Göttin, thomas.goettin@bluewin.ch und Béatrice Stucki, stucki_beatrice@bluewin.ch, Co-Präsidium SP Stadt Bern

2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion

2009 war nicht nur die SP/JUSO-Fraktion neu zusammengesetzt, sondern auch die Gesamtzusammensetzung des Stadtrates war eine andere. Mit der BDP und der GLP zogen zwei neue Parteien in den Stadtrat ein, die eigene Fraktionen gründeten. Damit erhöhte sich die Zahl der Fraktionen von 5 auf 7. Dies brachte teilweise neue Koalitionen und vor allem eine Zunahme der Stimmen mit sich. Da sich der Stadtratspräsident 2009 zwar auf eine ordnungsgemässe Sitzungsleitung, aber weniger auf eine starke Führung des Rates konzentrierte, arteten die Debatten sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht mehrmals aus. Die neuen Parteien versuchten, ihre Rolle und ihren Platz im Stadtrat zu finden, und die bisherigen Verdächtigen, allen voran die beiden rechtslastigen Aushängeschilder von SVP und FDP, waren teilweise noch ungeniessbarer als in der letzten Legislatur. So waren die insgesamt 34 Stadtratssitzungen leider auch im 2009 nicht immer nur eine Freude.

Personell gab es in der SP/JUSO-Fraktion bereits im ersten Jahr der neuen Legislatur vier Wechsel. Daniela Schäfer folgte auf Claudia Kuster und Guglielmo Grossi auf Andreas Flückiger. Beide Zurückgetretenen nahmen neue oder zusätzliche berufliche Herausforderungen an. Im August traten Beni Hirt und Daniela Schäfer zurück. Beni Hirt wollte sich neuen Aufgaben im privaten Bereich widmen und Daniela Schäfer verschob ihren Lebensmittelpunkt in den Kanton Baselland. Lea Kusano und Tanja Walliser, zwei junge Frauen, übernahmen ihre Sitze. Mit Tanja Walliser ist erfreulicherweise die JUSO wieder im Stadtrat vertreten. Ich möchte den Zurückgetretenen an dieser Stelle noch einmal herzlich für die geleistete Arbeit danken und ihnen für die stadtratsfreie Zukunft alles Gute wünschen.

Nachfolgend eine Auswahl aus den zentralen Stadtratsgeschäften und Vorstössen der SP/JUSO-Fraktion:

Die Sozialhilfe beschäftigte uns auch im 2009. Vor allem die ersten Monate des 2009 waren geprägt von unsachlichen und respektlosen Angriffen auf unsere Gemeinderätin Edith Olibet. Wie schon in den Jahren zuvor wurde die Hetzjagd von der FDP angeführt und von den SVPplus-Exponenten genüsslich unterstützt. Leider haben auch die Medien wiederum die nötige Schützenhilfe geboten. Die Budget- und Aufsichtskommission (BAK) nahm sich den unerhörten Vorwürfen gegen die Direktion für Bildung, Soziales und Sport in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Finanzinspektorat an und veröffentlichte Ende Juni ihren Untersuchungsbericht. Mit ihrer umfassenden und differenzierten Auslegeordnung sowie der Würdigung legte die BAK den Grundstein für eine Versachlichung der Sozialhilfedebatte. An dieser Stelle möchte ich unseren BAK-Mitgliedern, insbesondere der BAK-Präsidentin Annette Lehmann, für ihr grosses Engagement herzlich danken.

Unsere Fraktion hat in diesen harten Debatten den Handlungsbedarf im Bereich von Abläufen sowie Kontrollen in der Sozialhilfe aufgezeigt und entsprechend die vom Gemeinderat an die Hand genommenen Massnahmen unterstützt. Aber wir haben auch immer deutlich gemacht, wo die Grenzen liegen und zu welchen Massnahmen wir als SozialdemokratInnen nicht Hand bieten. So lehnten wir Zwangsarbeit ab und wehrten uns gegen Kürzungen von Sozialhilfeleistungen, die über das in den gesetzlichen Grundlagen (inkl. SKOS-Richtlinien) vorgesehene Maximum hinausgehen. Die Sozialhilfe ist ein elementarer Pfeiler unseres Sozialstaates, sie sichert das Recht auf Hilfe in sozialen Notlagen und gewährleistet damit ein menschenwürdiges Dasein. Gerade angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation werden wir uns auch weiterhin starkmachen für ein

intaktes soziales Netz und gegen eine schleichende Begrenzung der Sozialhilfeleistungen.

Anfang 2009 verabschiedete der Stadtrat sein revidiertes Geschäftsreglement. Die wesentliche Neuerung ist die Reorganisation des Kommissionswesens. Die BAK wurde zu einer reinen Aufsichtskommission (AK) umgewandelt. Damit die Gesamtbeurteilung der städtischen Finanzen nach wie vor wahrgenommen werden kann, wurde eine Finanzdelegation geschaffen, die sich aus Mitgliedern der drei Sachkommissionen zusammensetzt. Für den Stadtrat bedeutete die Revision des Reglements viel Papier und lange und teils sehr kontroverse Debatten. In der Öffentlichkeit warf sie allerdings verständlicherweise keine Wellen.

Den ersten Familienbericht des Gemeinderats nahm der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis. Ebenfalls die Zustimmung des Stadtrats fanden die Ziele und Massnahmen des Gemeinderates in den Bereichen Wohn- und Obdachlosenhilfe. Ferner genehmigte er den Ausführungskredit für den Mehrjahresplan Lärmschutz an Stadtstrassen in der Höhe von 5 Mio. Franken und verabschiedete den Zonenplan Bern-West, der am 17. Mai auch in der Volksabstimmung deutlich angenommen wurde. Mit den vier Weilerzonen können landwirtschaftliche Nutzungen erweitert und zwei neue Zonen Fussballfelder, Familiengärten sowie ein Reitzentrum errichtet werden. Eine weitere Zone an der Autobahn bei Buech ermöglicht die Ansiedlung der beiden Firmen Resag und Alpbabern, die sich heute im ESP Ausserholligen befinden.

Das neue Zuhause für unsere pelzigen Wappentiere bzw. vor allem seine Bauherrin – die Stadtbauten Bern (StaBe) – gaben Anlass zu einigen Debatten. Am 25. Oktober wurde der Bärenpark mit einem riesigen Volksfest eröffnet, ein freudiges Ereignis für unsere Stadt. Endlich haben Björk und Finn ein würdiges Plätzchen. Die Festfreude wurde leider gehörig von der massiven Kostenüberschreitung getrübt, die ein paar Tage vor der Eröffnung publik wurde. StaBe haben bei diesem Projekt vollständig versagt, womit die zuständige Gemeinderätin, die selbsternannte Miss Bärenpark, ihres Krönchens verlustig gegangen ist. Wie es zu diesem Debakel kommen konnte und wer hierfür verantwortlich ist, wird sich nach Abschluss der Administrativuntersuchung zeigen. Dies und die Nachricht, dass ein zweites Grossprojekt der StaBe – der Bau des neuen Feuerwehrstützpunktes Forsthaus West – 20 Mio. Franken mehr kostet als in der Zonenplanabstimmung von 2008 kommuniziert, führte endgültig zum Verlust des Vertrauens in das ausgegliederte Unternehmen. Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass eine Wiedereingliederung von StaBe in die Stadtverwaltung zwingend ist. Da der Wirbel um die StaBe klar von der Tatsache zu trennen ist, dass unsere Feuerwehr einen neuen Stützpunkt braucht, hat der Stadtrat im November den Baukredit für den neuen Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West einstimmig verabschiedet.

Bei der Behandlung der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) 2010–2013 entschied der Stadtrat mutlos. Die SP/JUSO-Fraktion forderte erfolglos die langfristige Finanzierung der erfolgreichen Projekte zur Förderung von benachteiligten Kindern (primo) und für die Lehrstellensuche (inizio), die Umgestaltung der Schützenmatte und dass die Investitionsplanung für die Folgejahre Mittel für die Umsetzung von Projekten vorsieht.

Die Behandlung des städtischen Budgets für das Jahr 2010 ist auch in diesem Berichtsjahr ein paar Zeilen wert. Abartig beschreibt die 16-stündige Debatte eigentlich ganz gut. Auch im Berichtsjahr wurden wir von einer rechtsbürgerlichen Antragsflut überschwemmt. Die Anträge waren wiederum grösstenteils nicht umsetzbar. Was die SVPplus mit zumindest anfänglicher Unterstützung der FDP in der diesjährigen Budget-

debatte geboten hat, war ein trauriges, verantwortungsloses und unwürdiges Schauspiel. Vor allem ihr Anführer überbot mit unendlich langen Filibuster-Qualen alles, was wir bis zu dieser Budgetdebatte von ihm ertragen mussten. Leider hat das Präsidium diesem Treiben nicht Einhalt geboten und so blieb RGM, GLP und BDP nichts anderes übrig, als bis morgens um 3.00 Uhr durchzuhalten, um das Budget 2010 termingerecht vor den Herbstferien zu Ende zu beraten. Wir verabschiedeten ein ausgeglichenes Budget 2010 mit gleichzeitigem Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages um weitere 25 Mio. Franken und unverändertem Steuerfuss, das zukunftsgerichtete Investitionen in die Stadt Bern als moderne, ökologische und soziale Wohnstadt für Familien umfasst.

Die Legislaturrichtlinien 2009–2012 und die Strategie 2020 des Gemeinderats nahm der Stadtrat im November zustimmend zur Kenntnis. Der Gemeinderat hat erstmals eine längerfristige Strategie für die Stadt Bern vorlegt, auf die er die Legislaturrichtlinien 2009–2012 abstimmt. Darin zeichnet er Bern als offenes, soziales, familienfreundliches, ökologisches, kreatives und dynamisches Polit- und Forschungszentrum der Schweiz.

Bei der Verabschiedung der neuen Leistungsverträge Bern Tourismus 2010–2011, in denen für die Durchführung eines Impulsprogramms zusätzlich 200'000 Franken enthalten sind, zeigte sich die SP/JUSO-Fraktion äusserst kritisch. Wir sind nicht überzeugt, dass Bern Tourismus die Stadt optimal vermarktet und glauben, dass mehr herauszuholen wäre.

Mit der Eignerstrategie Energie Wasser Bern (ewb) bekräftigte der Gemeinderat, dass ein stadteigenes ewb im Dienste des Service public aus ökologischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen das Beste ist. Bei Gewährleistung der Grundversorgung zeichnet die Strategie den Ausstieg aus der Atomenergie vor und schafft den Spagat zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Ein weiteres positives Zeichen aus Sicht der SP setzte der Gemeinderat in der Personalpolitik, indem er den Gesamtarbeitsvertrag verankert und der Ausbildung von Lehrlingen in der Strategie ein starkes Gewicht gibt. Ferner hat er auch die Grundlagen für die Planung des Baus eines städtischen Glasfasernetzes geschaffen, die der Stadtrat im Juni auf einen Vorstoss der SP/JUSO-Fraktion hin beschlossen hat. Einzig beim Atomausstieg forderte unsere Fraktion einen engeren Zeitplan. Während die Eignerstrategie auf 2039 fokussiert, ist mit vertretbarem Aufwand ein früherer Zeitpunkt realistisch. Einem Investitionskredit für die Unterstützung und Förderung von energieeffizienten Gebäudesanierungen stimmte der Stadtrat mit Überzeugung zu.

Mit einer Motion erreichte die Stadtratsmehrheit, dass im Bereich des Hochwasserschutzes nicht nur die bis anhin geprüften beiden Varianten Stollen und Objektschutz weiterverfolgt werden, sondern zusätzlich eine dritte Variante ausgearbeitet wird, die auf den Schutz einzelner Liegenschaften fokussiert.

Prägend war auch die Revision des städtischen Schulreglements. Die Revision beinhaltete die Umsetzung des Integrationsartikels nach kantonalem Volksschulgesetz. Eine Mehrheit des Stadtrats wies die Revision im Juni an den Gemeinderat zurück. Die unheilige Allianz aus SVPplus, FDP, BDP, CVP, GLP und GFL beauftragte den Gemeinderat, eine neue Vorlage auszuarbeiten, wonach es nur noch eine Zusammenarbeitsform und eine Schulkommission geben sollte. Die Allianz suggerierte die Einigung auf ein Modell, was sich aber bereits in der Debatte als falsch erwies. Die SP/JUSO-Fraktion wehrte sich vergebens gegen diesen unvernünftigen und überstürzten Entscheid. Dass die Betroffenen, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Volksschulkonferenz und die Schulkommissionen, sich zu diesen einschneidenden Änderungen nie äussern konnten, war dieser fragwürdigen Stadtratsmehrheit egal. Besonders stossend war, dass die Mehrheit vor allem

von Lehrkräften angeführt worden ist, die eigentlich am besten wissen sollten, dass die Schulen bereits mit der Umsetzung des Integrationsartikels genügend gefordert sein werden.

Auch die Kultur war 2009 wieder Thema. Im März verabschiedete der Stadtrat die Vorlage zum Verkauf der Progr-Liegenschaft. Die Stadtratsmehrheit und schliesslich auch die Bernerinnen und Berner entschieden sich im Sinne der SP/JUSO-Fraktion für den Verkauf des Progr an die Künstlerinitiative PRO PROGR. In Bezug auf Symphonieorchester und Stadttheater erklärte sich die SP/JUSO-Fraktion grundsätzlich mit dem Projekt «Theater Bern» einverstanden, das die Zusammenführung des Berner Symphonieorchesters und des Stadttheaters unter ein Dach vorsieht.

Über die Reitschule wurde vor allem zu Beginn des Jahres einmal mehr emotional debattiert. Die SP/JUSO-Fraktion bekannte sich erneut klar zur Reitschule und wies darauf hin, dass die Reitschule die drei Leistungsverträge erfüllt, die sie mit der Stadt abgeschlossen hat. Die Probleme beziehen sich ausschliesslich auf die Sicherheitsvereinbarung und die Zusammenarbeit mit den zuständigen städtischen Behörden. Wir forderten, dass die Ereignisse im Raum Reitschule, bei denen die Polizei involviert ist, zuverlässig dokumentiert werden, die Situation in der Umgebung der Reitschule verbessert und das Gebiet umfassend umgestaltet wird, sämtliche Verträge und Vereinbarungen sowohl durch die Reitschule als auch durch die Stadt eingehalten sowie die Gespräche umgehend wieder aufgenommen werden. Der Gemeinderat bestimmte die damalige Regierungsstatthalterin Regula Mader als neue Ansprechpartnerin und Gesprächsleiterin. Die Gespräche fanden Ende 2009 einen erfolgreichen Abschluss.

Betreffend Sicherheit und Nutzung des öffentlichen Raumes lehnte der Stadtrat auch in seiner neuen Zusammensetzung ein gesamtstädtisches Bettelverbot und die Einführung von Videoüberwachung ab. Die Initiative «Keine gewalttätigen Demonstrationen», mit der Kundgebungsteilnehmenden unter Bussenandrohung eine Entfernungspflicht auferlegt wird, lehnte der Stadtrat ebenfalls ab. Die Abstimmung wird 2010 erfolgen. Auch die erste Bilanz zu Police Bern gab Anlass zur Diskussion über die negativen Auswirkungen für die Stadt Bern, vor denen die SP/JUSO-Fraktion von Beginn an gewarnt hat. Die Bernerinnen und Berner zahlen mit Abstand am meisten für polizeiliche Leistungen, die Einsätze an Sportveranstaltungen binden unverhältnismässig viele Mittel und die Schnittstelle zwischen dem operativen Bereich (Police Bern) und dem strategischen Bereich (Stadt Bern) funktioniert schlecht. Was die Polizeipräsenz angeht, hat sich der Stadtrat im November gegen die populistische, unverhältnismässige und viel zu teure Initiative «Sichere Stadt Bern» ausgesprochen und dem Gegenvorschlag des Gemeinderats zugestimmt, der eine massvolle Erhöhung der uniformierten Polizeipräsenz und einen Ausbau von Pinto vorsieht. Auch diese Abstimmung findet 2010 statt.

Die Fraktion hat zudem mit Vorstössen erreicht, dass es mit der Neugestaltung des Raumes Bollwerk/Schützenmatte/Hodlerstrasse vorwärtsgeht und dass in Zukunft auch organische Abfälle eingesammelt und zur Energiegewinnung in einer Biogasanlage verwertet werden. Im Mai schnürte die SP/JUSO-Fraktion ein Vorstosspaket gegen die Wirtschaftskrise, mit dem sie unter anderem die Schaffung von Aus- und Weiterbildungsplätzen in neuen Bereichen wie der Umwelttechnologie forderte, aber auch die Verhinderung von Entlassungen durch geeignete Massnahmen wie den Personalverleih unter Unternehmen oder eine allfällige Weiterbeschäftigung der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger in der Stadtverwaltung. Zudem soll mit einem regionalen Massnahmenpaket Langzeitarbeitslosigkeit verhindert werden. Wir verlangten überdies, existenzsichernde Löhne für Arbeitnehmende anstelle von Sozialhilfe, die Erarbeitung eines städtischen

«Anti-Armuts-Programms» zur Bündelung der verschiedenen Aktivitäten in der Armutsbekämpfung, die Durchführung von qualifizierten Wettbewerbsverfahren im Bau- und Planungsprozess, die Förderung von Zwischennutzungen als Standortentwicklung, die Schaffung einer Stadtbaumeisterin oder eines Stadtbaumeisters. Ferner forderte die Fraktion, dass der Stadtteil VI einen Abenteuerspielplatz erhält, der Fuss- und Veloverkehr auch in Zukunft gefördert wird, an den Berner Brücken Netze gegen Suizide installiert werden, dass die Oberstufe in der Lorraine als Schulversuch weitergeführt werden kann, die Mindestlöhne in der Stadtverwaltung angehoben werden und das Lohnsystem überprüft wird, der Velo-Hauslieferdienst umgesetzt wird, der Landwirtschaftsbetrieb in der Elfenau weitergeführt wird und die Bevölkerung bei der Umsetzung des Parkpflegekonzeptes mitwirken kann und schliesslich, dass die Sitzungszeiten des Stadtrates überdacht werden.

Die SP/JUSO-Fraktion stellte ausserdem kritische Fragen zur unbefriedigenden Situation für die Fussgängerinnen und Fussgänger am Helvetiaplatz, zum Poststellenabbau, dazu, ob die Betreuungsqualität in Kitas mit dem Ausbau der Plätze Schritt halten kann, wie viel Sozialhilfe an Arbeitnehmende ausgerichtet wird, zur fragwürdigen Aktion der Liegenschaftsverwaltung gegenüber den Mieterinnen und Mietern von städtischen Liegenschaften, zur Vermietung der ehemaligen Kornhausbühne an Vineyard Bern, zur Zukunft der Gegenwartskunst sowie von Tanz und Ballett in Bern, zum Erhalt von Industriearbeitsplätzen in Bern, zum Fortbestand der Jugendherberge und zur Überlastung der Buslinien 12 und 20.

Abschliessend möchte ich allen Fraktionsmitgliedern herzlich für ihre tolle Arbeit danken!

Giovanna Battagliero, Fraktionspräsidentin, battagliero@gmx.ch

3. Bericht der städtischen Grossrätinnen und Grossräte

Im Berichtsjahr fanden wiederum fünf Grossrats-Sessionen statt. In der Januarsession diskutierte der Grosse Rat einen Bericht, der Grundlagen zur Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) liefert, ausgiebig. Die vorberatende Kommission beantragte, für den Sozialhilfelastenausgleich einen Selbstbehalt von 20 Prozent für die Gemeinden vorzusehen. Nach langem Debattieren obsiegte der Antrag, für das Gesetz drei Varianten auszuarbeiten: Optimierung des heutigen Systems, Selbstbehalt über die ganze Sozialhilfe und Selbstbehalt nur über einen Teil der Sozialhilfe. Die SP-Fraktion sprach sich klar gegen einen Selbstbehalt aus.

Der Bericht über die Kosten in der individuellen Sozialhilfe mit Daten aus den Jahren 2005–2007 wurde von allen Parteien gelobt und fand viel Anerkennung. Die Interpretation des Inhalts war dann jedoch sehr unterschiedlich. Die Bürgerlichen fühlten sich gestärkt in der Meinung, dass die Gemeinden mehr Missbrauchsbekämpfung machen müssen. Die Linke befürchtete, dass der Vergleich der Zahlen zwischen den Gemeinden dazu führen könnte, dass notwendige Therapien aus Kostengründen nicht mehr bewilligt werden. Unsere Fraktion zeigte sich erfreut darüber, dass nun endlich Zahlen über die Armut im Kanton Bern vorliegen, auch wenn die Resultate wenig erfreulich sind. Ein Drittel der unterstützten Personen sind Kinder; ein Fünftel der unterstützten Personen im erwerbsfähigen Alter sind voll berufstätig!

Die erste Lesung zur Revision des Gesetzes über die Handänderungssteuer und das Pfandrecht begann mit einer Kommissionsmotion, welche die Abschaffung des Gesetzes verlangte – was Steuerausfälle von 120 Millionen jährlich zur Folge gehabt hätte. SP, Grüne und EVP stimmten geschlossen dagegen. Mit einigen FDP- und BDP-Stimmen wurde die Motion abgelehnt. Der bürgerliche Antrag, nur die Pfandrechtssteuer aufzuheben und die Handänderungssteuer von heute 1,8 auf 1,0 Promille zu reduzieren, fand dagegen eine Mehrheit. Für die zweite Lesung nahmen wir uns vor, den Schaden von 60 Millionen nochmals zu senken.

Die Aprilsession begann mit der von der SP/JUSO-Fraktion geforderten Sondersession Wirtschaft – wir hatten verschiedene Vorstösse zur Wirtschaftskrise eingereicht. Mit Stichentscheid der damaligen Grossratspräsidentin Dorothea Loosli wurde u.a. unsere Motion zur Förderung von Nischenarbeitsplätzen angenommen. Die Regierung muss nun in einem Bericht aufzeigen, wie viele und wo solche Arbeitsplätze angeboten werden, ob der Bedarf gedeckt ist und mit welchen Massnahmen die Situation verbessert werden kann.

Das Eintreten auf das Gesetz zum Stimmrechtsalter 16 war umstritten und wurde knapp angenommen. Für die Verfassungsänderung entschied in der ersten Lesung eine einzige Stimme! Sehr erfreut war Nadine Masshardt, unsere JUSO-Grossrätin. Sie hatte diese Verfassungsänderung 2007 mit einer Motion verlangt.

In der zweiten Lesung zur Handänderungssteuer konnten wir den Schaden der ersten Lesung begrenzen. Die Reduktion von heute 1,8 auf 1 Promille wurde rückgängig gemacht. Es gelang uns aber nicht, die Abschaffung der Pfandrechtssteuer zu verhindern. Der Einnahmeverlust beträgt damit «nur» noch 10 Mio. Franken jährlich.

Ein grosser Brocken war die erste Lesung der Justizreform. Die Gewerkschaften verlangten, dass die bewährten Arbeitsgerichte auch mit der Justizreform beibehalten werden. Die Regierung hatte dazu eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet. Die vorberatende Kommission und der Grossrat lehnten diese Forderung jedoch vorerst ab.

Die Junisession begann erfolgreich. Mit 3–5 Stimmen Differenz und guter Präsenz konnten wir alle Abstimmungen zum Stimmrechtsalter 16 zu unseren Gunsten entscheiden.

Die zweite Lesung der Justizreform endete mit einem Kompromiss zum umstrittenen Arbeitsgericht. Nach heftigen Diskussionen nahm der Rat die Anträge der vorberatenden Kommission an. Ab 2011 werden die arbeitsmarktlichen Verfahren im ganzen Kanton eingeführt. Die Urteilskompetenz der paritätisch besetzten Gerichte wird von 7999 auf 15'000 Fr. erhöht, und die Sekretärinnen und Sekretäre dürfen für ihre Mitglieder plädieren. Dies ist ein grosser Erfolg der Gewerkschaften.

Beim Gesetz über den preisgünstigen Wohnungsbau endete die erste Lesung in einer Katastrophe. Das Gesetz mit einer minimalen kantonalen Wohnbauförderung erlitt totalen Schiffbruch. Damit versties die Grossratsmehrheit gegen Treu und Glauben, denn der Rückzug der Berner Volksinitiative «Günstig Wohnen» war 2007 nur deshalb erfolgt, weil der Grossrat ein neues Gesetz zur günstigen Wohnraumförderung bejaht hatte. Am Schluss blieb nur der Artikel über die Abschaffung des Wohnraumerhaltungsgesetzes übrig. Ein Gesetz, welches für die Stadt Bern von grosser Bedeutung ist und gegen ihren Willen gestrichen wurde.

In der Septembersession machte sich der Grosse Rat daran, Altlasten aus früheren Sessionen abzubauen. Mit «Volksschule ohne Selektion» verlangte Eva Baltensperger eine Auslegeordnung und Ideen für die Revision des Volksschulgesetzes, welche 2012 ansteht. Mit 99:36 Stimmen bei 8 Enthaltungen wurde die Motion abgelehnt. Eine Motion der Grünen von Corinne Schärer hatte da etwas grössere Akzeptanz, verlangte sie doch nur, «Integrative Schulmodelle fördern». Als Postulat wurde der Vorstoss mit Stichentscheid unserer Präsidentin Chantal Bornozy angenommen! Eine zweite wichtige Motion unserer Fraktion war «Qualität der Volksschule sichern» (Margrit Stucki-Mäder). Wir verlangten, dass die Lehrkräfte endlich für die vor 10 Jahren als Sparmassnahme aufgebommte zusätzliche Lektion entlastet werden. Mit 92:47 Stimmen wurde auch diese Motion abgelehnt, da ja die Bürgerlichen Steuern senken wollen und die Finanzen nicht rossig aussehen. Die Regierungsvorlage zum Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge haben wir in der ersten Lesung ohne wesentliche Verschlechterungen über die Runden gebracht. Allerdings konnten wir eine deutliche Senkung der Normalsteuer nicht verhindern. Unser Antrag, der bei der Bemessung der Normalsteuer nach Gewicht anstelle der geltenden degressiven Skala eine lineare Skala einführen wollte, blieb leider ohne Chancen.

Finanzen und Energiegesetz waren die wichtigen Themen der Novembersession. Mit dem Voranschlag 2010 und dem Aufgaben-/Finanzplan 2011–2013 wurde die Finanzdebatte eröffnet. Trotz schwierigen Bedingungen will unsere rot-grüne Regierung 2009/10 schwarze Zahlen schreiben, d.h. keine Defizite erwirtschaften. Die dafür notwendigen Massnahmen sind schmerzhaft und wirken sich sowohl auf das Leistungsangebot als auch auf das Personal aus. Die SP/JUSO-Fraktion ist klar der Ansicht, dass weitere Steuersenkungen nicht drinliegen. Um ihre Steuersenkungsgelüste zu finanzieren, versuchte die FDP, die Klassenbestände um zwei Kinder zu erhöhen! Dieser Antrag wurde klar abgelehnt.

Mit der Änderung des Steuergesetzes nahm die vorberatende Kommission 450 Millionen Mindereinnahmen in Kauf. Einzig bei den Vermögenssteuern konnten wir 55 Millionen durch den Stichentscheid unserer Präsidentin retten. Mit 75:72 Stimmen wurde das Gesetz gegen unseren Willen in der ersten Lesung angenommen. Für die Stadt Bern haben die beschlossenen Änderungen Mindereinnahmen von rund 20 Mio. Fr. zur Folge. Unsere bürgerlichen Stadtberner Grossräte haben emsig mitgeholfen.

Das Energiegesetz hat die erste Lesung geschafft. Der umstrittene obligatorische Gebäudeausweis und die Sanierungspflicht für energetisch schlechte Gebäude blieben im

Gesetz. Dagegen wurde die vorgesehene Lenkungsabgabe von einer Mehrheit noch abgelehnt. Wenn auch nicht alles optimal gelaufen ist, so konnten wir doch gute Grundlagen für die zweite Lesung schaffen.

In der zweiten Lesung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge mussten wir beim Bonus/Malus-System, das eigentlich eine gute Sache wäre, eine schlechte Botschaft verkraften: Bei der neuen Umweltetikette, welche die momentan gültige Energieetikette ersetzen wird, gibt es voraussichtlich eine Schonung von schweren Fahrzeugen. Es besteht die akute Gefahr, dass gewisse neue Offroader vom Steuerbonus sogar profitieren werden!

Die Bildungsstrategie 2009 der Erziehungsdirektion wurde ohne grosse Änderungen zur Kenntnis genommen. Dank der guten Arbeit der vorberatenden Kommission mit Roland Näf als Präsident gab es keine grossen Diskussionen mehr. Den Entscheid über die Eingangsstufe (Kindergarten oder Basisstufe) will der Grosse Rat erst im Rahmen der Volksschulgesetz-revision 2012 fällen. Im Gegensatz zur Bildungsstrategie 2005 gibt es nun keine Einschränkung mehr auf zwei Oberstufenmodelle. Die Gemeinden sollen weiterhin entsprechend ihren Bedürfnissen aus der Vielfalt der bestehenden Modelle auswählen dürfen. Am Schluss der zwei Sessionstage im Dezember gab es doch noch eine kleine Sternstunde: Mit 75:74 Stimmen fiel der positive Entscheid für das Gesetz zum preisgünstigen Wohnungsbau hauchdünn aus. Das Minimalgesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots ist ein wichtiger Anfang und ermöglicht die dringend notwendige Wiederaufnahme der Wohnbauförderung. Leider wurde das Gesetz auf vier Jahre beschränkt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Wohnbauförderung über diese vier Jahre hinausgehen wird. Leider konnten wir das Wohnraumerhaltungsgesetz nicht retten und der Antrag der Regierung, die Übergangsfrist für die Stadt Bern bis Ende 2013 zu verlängern, fand trotz grossem Einsatz unsererseits keine Mehrheit. Auch hier haben unsere bürgerlichen Kollegen (und eine Kollegin) gegen die Stadt gestimmt!

Margrit Stucki-Mäder, Grossrätin, margrit.stucki-maeder@bluewin.ch

4. Gemeindeabstimmungen

8. Februar 2009

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Mehrfachsporthallen Weissenstein	Ja	Angenommen 83.22% Ja-Stimmen

17. Mai

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Zonenplan Bern West	Ja	Angenommen 74.79% Ja-Stimmen
Progymnasium, Variante Doppelpunkt	Nein	Abgelehnt 44.67% Ja-Stimmen
Progymnasium, Variante Pro PROGR	Ja	Angenommen 65.73% Ja-Stimmen
Reform des parlamentarischen Kommissionswesens	Ja	Angenommen 90.34% Ja-Stimmen

27. September

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Initiative «Für einen autofreien Bahnhofplatz»	Ja	Abgelehnt 51% Nein-Stimmen

29. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Produktegruppen-Budget 2010 der Stadt Bern	Ja	Angenommen 70.56% Ja-Stimmen

5. Mitgliederentwicklung

Stand: 31.12.09

Sektion	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Diff. 08/09	Dele- gierte
Altstadt- Kirchenf. ¹⁾	180	167	191	196	202	206	207	195	182	182	0	10
Bümpliz / Bethl. ²⁾	304	291	270	260	259	238	243	228	220	219	- 1	11
Holligen	69	68	70	70	67	69	65	70	73	72	- 1	4
Länggasse- Enge	223	214	208	203	209	214	213	216	220	188	- 32	10
Nord	275	279	267	268	291	293	291	271	256	259	+ 3	13
Ost	174	180	181	189	189	197	192	189	171	167	- 4	9
Süd	158	171	176	168	167	161	161	163	158	164	+ 6	9
Einzelmit- glieder		2	1	2	20	20	16	14	12	11	- 1	
Matte ¹⁾												
Unterst. ¹⁾												
Marzili ¹⁾	29	27										
Bethl. ²⁾												
Romand ³⁾	27	24	20	18								
Total	1439	1423	1384	1374	1404	1398	1388	1346	1292	1262	- 30	66

1) 1993 Fusion mit Matte und Unterstadt, 2002 Fusion mit Marzili

2) 1999 Fusion mit Bümpliz zu Bümpliz/Bethlehem

3) Aufgelöst 2004

6. Jahresrechnung

Bilanz per 31.12.09

Aktiven	143 929.05
Kasse	0.00
Postkonto	86 462.23
Depositenkonto	30 155.30
Debitoren VST	87.12
Debitoren Sektionen	8000.00
Debitoren andere	7 170.00
Transitorische Aktiven	12 054.40
Passiven	143 929.05
Kreditoren	0.00
Kreditoren automatisch	8431.40
Transitorische Passiven	4186.00
Darlehen	0.00
Wahlfonds	31 928.00
Info-fonds	5486.45
Fonds politische Rechte	9657.20
Gewinnvortrag 01.01.2009	87 352.70
Verlust 31.12.2009	-3112.70
Gewinnvortrag 31.12.2009	84 240.00

7. Gewinn- und Verlustrechnung

1.1.-31.12.09

	Rechnung 08	Budget 09	Rechnung 09
Total Aufwand	312206.35	136480.00	125369.15
Wahlen	224330.40	0.00	17226.25
- Einlage Wahlfonds	0.00	24000.00	24000.00
Kampagnen	4458.25	11000.00	5537.80
Information	22998.00	27000.00	19522.60
- Mitgliederzeitung	16675.75	22000.00	17051.10
- PR/Inserate	1500.00	1000.00	400.00
- Internet	2169.35	3000.00	811.70
- Publikationen/Broschüren	2652.90	1000.00	1259.80
Bildung, Kultur	356.30	2000.00	49.50
Aktionen, Veranstaltungen	3837.30	5000.00	3641.35
- Mitgliederwerbung	0.00	0.00	0.00
- JUSO	0.00	0.00	0.00
Frauenprojekte	0.00	0.00	0.00
Kredit GL	2538.80	2000.00	1467.70
Beitrag SP Kanton	39825.00	49980.00	44477.00
Administration	2858.65	4000.00	2031.80
Saalmieten	4909.35	5000.00	5835.15
Beiträge/Spenden	4000.00	5600.00	1280.00
- JUSO	2500.00	2500.00	0.00
- RGM	0.00	1000.00	0.00
- diverse	1500.00	2100.00	1280.00
Einlage Fonds pol. Rechte	300.00	300.00	300.00
Diverses/Steuern	1794.30	600.00	0.00
Finanzierung Schulden	0.00	0.00	0.00
Total Ertrag	299466.05	125400.00	122256.45
Sonderfinanzierung Wahlen	4000.00	0.00	0.00
Mitgliederbeiträge	94729.80	92000.00	97420.10
Mandatsteuern	16030.00	27000.00	20372.50
Ertrag Stadt Blatt	0.00	500.00	1000.00
Zinsertrag	911.65	200.00	248.80
Entnahme Wahlfonds	64000.00	0.00	0.00
Spenden	65.00	3000.00	235.00
Beiträge Kampagnen	0.00	200.00	0.00
Diverse Erträge	1525.00	2500.00	2980.05
Wahlfinanzierung	116595.55	0.00	0.00
Materialverkauf	1609.05	0.00	0.00
Auflösung Reserven und Vermögen	0.00	0.00	0.00
Erfolg	-12740.30	-11080.00	-3112.70

8. Berichte der Arbeitsgruppen

8.1 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Im Berichtsjahr haben zehn Mitglieder in der AG Sozialpolitik mitgearbeitet, und es haben sieben Sitzungen stattgefunden. Das erste Halbjahr war geprägt durch die Auseinandersetzung mit dem wegweisenden ersten Sozialbericht des Kantons Bern, der unter der Ägide von Philippe Perrenoud, dem Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern, entstanden ist. Unter anderem haben VertreterInnen der AG Sozialpolitik im Juni des Berichtsjahres an der Kick-off-Tagung des Kantons zu diesem Bericht mitgewirkt und dort die SP-Positionen vertreten. Als Ergebnis der Diskussionen in der AG Sozialpolitik wurde beschlossen, eine Veranstaltung zum Thema Armut durchzuführen.

Schwerpunkt des zweiten Halbjahres bildete in der Folge die Planung und Vorbereitung dieser Veranstaltung, die unter dem Titel «Armut – mutlos?» am 30. Januar 2010 stattfand. Die entsprechenden Arbeiten wurden massgeblich durch eine Unterarbeitsgruppe vorangetrieben, die unter der Leitung von Christof Berger steht. Ihm sei an dieser Stelle für sein grosses Engagement ganz besonders gedankt.

Ziel der Tagung ist zum einen die interne Weiterbildung. Zum anderen geht es darum, direkt Betroffene mit aktiven SP-Leuten zusammenzubringen und davon ausgehend politisch relevante Projektideen zu entwickeln. Für Input-Referate konnten Ueli Mäder, Professor für Soziologie in Basel, Thomas Näf, Präsident der Betroffenen-Selbsthilfeorganisation Kabba, der Ökonom Rudolf Strahm sowie die Nationalrätin Margret Kiener Nellen gewonnen werden. Im Zentrum der Tagung standen Fragen wie zum Beispiel: Erhalten Erwerbslose das notwendige Instrumentarium, sich weiterzubilden? Stimmt das Bild der unmündigen und faulen Erwerbslosen und Armen? Und was können wir dagegen tun? Gefragt war insbesondere die Meinung der Betroffenen. Die Tagung sollte Initialzündung sein für politisches Handeln. In Workshops wurden konkrete Handlungsvorschläge entwickelt.

Im Weiteren hat die AG Sozialpolitik ebenfalls laufend aktuelle Themen aus dem Stadtrat und aus der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur SBK diskutiert.

Der Präsident bedankt sich bei allen, die im Berichtsjahr in der AG Sozialpolitik mitgearbeitet haben: Christof Berger, Res Bürki, Veronika Keller, Henriette Kläy, Silvia Schoch-Meyer, Miriam Schwarz (Kontakt Parteileitung, Stadträtin), Ernst Spychiger, Markus Troxler, Gerhard Wehrli.

Matthias von Bergen, matthias.vonbergen@gmail.com

8.2 Arbeitsgruppe Kultur

Nachdem die AG Kultur im Herbst 08 eine abendfüllende, sehr erfolgreiche Veranstaltung zum Thema Kulturvermittlung durchgeführt hatte, war der Anfang des Jahres 09 durch einen kleinen «Neuanfang» gekennzeichnet. Annette Lehmann und später auch Christof Berger gaben das Präsidium der AG Kultur nach vielen Jahren sehr aktiven Engagements an Patrizia Mordini und Nicola von Greyerz ab. Annette und Christof sei hier nochmals ganz herzlich für ihre Mitarbeit gedankt.

Die AG Kultur hat im Berichtsjahr 5 Sitzungen abgehalten. Im Zentrum stand dabei auf der einen Seite die Kulturstrategie des Kantons Bern, die am 10. Dezember vom Regierungsrat verabschiedet und im Frühjahr vom Grossen Rat genehmigt wurde, und insbesondere ihre Auswirkungen auf die Stadt Bern. Auf der anderen Seite suchten wir den Kontakt zur neuen Kultursekretärin der Stadt Bern, Veronica Schaller.

Wir können es als grossen Pluspunkt werten, dass Veronika Schaller an fast allen Sitzungen der AG Kultur in diesem Jahr teilnahm und uns wichtige Inputs – gerade auch zu den Auswirkungen der kantonalen Strategie auf die Stadt (Veränderung der Leistungsverträge mit den fünf grossen Institutionen in Zusammenhang mit FILAG usw.) gegeben hat. Durch ihre regelmässige Teilnahme an unseren Sitzungen und die dadurch entstandene gute Vernetzung können wir gewährleisten, dass ein guter Wissenstransfer aus der Verwaltung in die AG stattfindet und wir bei Bedarf schnell reagieren können.

Es war uns zudem in diesem Jahr auch ein grosses Anliegen, eine bessere Vernetzung mit den Fraktionsmitgliedern des Grossen Rates zu erreichen – dies auch im Zusammenhang mit der aus der Kulturstrategie folgenden Ausarbeitung des Gesetzes und der Verordnungen. Eine erste Sitzung mit Irène Marti Anliker fand im Herbst statt, weitere sollen folgen. Das Bedürfnis nach einer besseren Zusammenarbeit ist auf beiden Seiten gross. Auch der Kontakt zum Ausschuss Bildung/Kultur der SP Kanton wurde (wieder) aufgenommen.

Die AG Kultur verfasste im Oktober für die SP Stadt Bern eine Vernehmlassungsantwort zum Konsultationsentwurf «Konzept und Massnahmenplan Bildung und Kultur» des Kantons Bern vom 18. August.

Ein weiteres wichtiges Thema, das die AG Kultur auch im Jahr 2010 begleiten wird, war die neue Strategie «Musik-Theater Bern». Im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichts Häring verfasste die AG Kultur im Juni eine Stellungnahme, in der sie die allgemeine Stossrichtung – eine «Fusion» des Stadttheaters und des Berner Symphonieorchesters – im Grundsatz gutheiss und darauf hinwies, dass sie es begrüessen würde, wenn die Diskussion um das Zusammengehen dieser beiden Institutionen getrennt von derjenigen um die Zukunft des Tanzensembles geführt würde. Zusätzlich sprach sie sich grundsätzlich für einen Erhalt der Sparte Tanz am Theater aus.

Die Mitglieder der AG Kultur sind Stefanie Boulila, Nicola von Greyerz, Renate Heer, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Ursula Marti, Maria Mollica, Patrizia Mordini, Markus Morgenegg, Veronica Schaller und Adrian Schild. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Patrizia Mordini, patrizia.mordini@gmx.ch und Nicola v. Greyerz, nicola.vongreyerz@gmail.com

8.3 Stadtentwicklung/Wohnen/Verkehr

2009 tagte die Arbeitsgruppe zwei Mal unter der Leitung von Gisela Vollmer und Stefan Jordi. Mitglieder sind unter anderen: Cipriano Alvarez, Christof Bähler, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Martin Gerber, Felix Hauser, Res Hofmann (Grossrat), Stefan Jordi (Stadtrat), Werner Meile, Elsi Meyer, Patrizia Mordini (Stadträtin), Ruedi Muggli, Tobias Reinhard, Sabine Schärer, David Stampfli, Rolf Steiner, Hans Stieger, Beat Strasser, Hans Stucki, Gisela Vollmer (Stadträtin), Beat Wegmüller.

Das Leitungsteam der AG, bestehend aus Oskar Balsiger, Stefan Jordi, Felix Hauser und Gisela Vollmer, traf sich zudem noch zu weiteren Sitzungen.

Die AG beschäftigte sich im Berichtsjahr mit diversen Mitwirkungen. Zuhanden der Geschäftsleitung erarbeitete sie die Mitwirkung zum Quartierplan und Teilverkehrsplan MIV für den Stadtteil III. Christian Wiesmann, Ronny Reuther und Jürg Stähli vom Stadtplanungsamt stellten die Planung vor. Die AG verlangte u.a. folgende, wichtige Verbesserungen: Konzentration des MIV auf weniger Strassen, da im Stadtteil III ein sehr dichtes Netz von Basis- und Übergangsstrassen besteht, die Attraktivierung der Aareufer, vor allem im Marzilibad und im Gaswerkareal für den Fuss- und Veloverkehr sowie eine Erschliessung mit dem öV. Gewünscht wurde zudem, dass am Brückenkopf West weiter-

gearbeitet wird.

Weitere Themen der AG waren Hochwasserschutz, Aareraum sowie aktuelle Wohnbauprojekte. Neu werden die verschiedenen Themen in sogenannten Spurgruppen bearbeitet. Bereits konstituiert hat sich die Spurgruppe Wohnen.

Die Spurgruppe Wohnen besteht aus Elsi Meyer (Leitung), Cipriano Alvarez, Margrith Beyeler, Tobias Reinhard, Sabine Schärner und Gisela Vollmer. Sie traf sich zu drei Sitzungen. Zur Erreichung des Gemeinderatsziels «bis 2020 Steigerung der Einwohnenden auf 140 000» ist eine bedeutende Zahl von neuen Wohnungen nötig. Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich generell mit den Themen Wohnhaltung und Neubau von Wohnungen. Nach der Abschaffung des Wohnraumerhaltungsgesetzes suchten wir intensiv nach Ersatzmassnahmen und überlegten uns Verdichtungsmöglichkeiten im bebauten Raum. Am 8.5.2010 sollen Entwicklungspotenziale von Arealen beispielhaft aufgezeigt werden. Geplant ist unter anderem eine Exkursion in der Stadt Bern.

Oskar Balsiger, Stefan Jordi, stjordi@gmx.ch, Felix Hauser und Gisela Vollmer, gisela.vollmer@raumplanerin.ch

8.4 Arbeitsgruppe Wirtschaft

Die AG Wirtschaft wurde 2009 als ständige Arbeitsgruppe etabliert. Dies, nachdem sie den 2007 erhaltenen Auftrag erfüllt hat, «ein kampagnenfähiges und zukunftsweisendes Wirtschaftspapier zu erstellen, das Möglichkeiten aufzeigt, wirtschaftspolitische Anliegen mit sozialpolitischen und ökologischen Forderungen zu verbinden».

Das Wirtschaftspapier mit dem Titel «Die SP setzt sich für einen attraktiven, nachhaltigen Wirtschaftsstandort Bern ein» wurde am 15.6. von der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern einstimmig genehmigt. Zuvor waren verschiedene Anpassungen vorgenommen worden, die aus der Vernehmlassung bei den Sektionen und aus Diskussionen in der Geschäftsleitung resultierten.

Das Dokument versteht sich nicht als Krisen- oder Arbeitsbeschaffungspapier, sondern beinhaltet ein breites Spektrum an wirtschaftspolitischen Thesen, Zielen und praktischen Massnahmenvorschlägen für die städtische Politik für die Jahre 2009–2015. Es berücksichtigt die wirtschaftspolitischen Grundlagen der SP Schweiz und der SP Kanton Bern und orientiert sich an den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung. Es geht davon aus, dass Bern als Wirtschaftszentrum auf den ganzen Kanton und darüber hinaus ausstrahlt. Die Wirtschaftspolitik der Stadt soll nicht Selbstzweck sein (z.B. zur Erlangung eines höheren Steueraufkommens), sondern dient der Prosperität der Stadt und ihrer Bevölkerung, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Das Wirtschaftspapier soll den MandatsträgerInnen sowie weiteren politisch und wirtschaftlich interessierten Personen Grundlagen in die Hand geben, im Sinne des dargelegten Handlungsbedarfs tätig zu werden. Es ist in 8 Themen gegliedert, für welche Positionen und Handlungsfelder aufgezeigt werden: Image und Attraktivität; Agglomerationspolitik; Wirtschaftsstandort; Arbeitsmarkt; Service public; Tourismus und Freizeit; Wohnen und Arbeiten; Abgeltung der Zentrumslasten.

Neben den Arbeiten am Wirtschaftskonzept hat sich die AG auch mit Einzelfragen beschäftigt. Namentlich hat sie die Vernehmlassungsantwort der SP zur Einführung einer kommunalen Tourismusförderungsabgabe in Bern vorbereitet.

Mitglieder der AG Wirtschaft: Samuel Zellweger (bis August 09 Vorsitz), Barbara Aeschbacher, Cipriano Alvarez, Michael Arn, Christian Käch, Urs Möri-Wyrtsch, Daniela Schäfer (bis August 09), Toni Brauchle (Vorsitz ab September 09).

Toni Brauchle, afbrauchle@bluewin.ch

8.5 Arbeitsgruppe Sicherheit

Die AG Sicherheit wurde von der Geschäftsleitung im Februar eingesetzt mit dem Auftrag, die sicherheitspolitisch relevanten Positionen zu den Initiativen «Für mehr Sicherheit in der Stadt Bern» und «gegen gewalttätige Demonstranten» sowie zur Videoüberwachung auszuarbeiten.

Die Arbeitsgruppe traf sich im Berichtsjahr zu sechs Sitzungen. Das erste Schwerpunktthema der AG war die Videoüberwachung. Anlass dazu gab die im Stadtrat eingereichte interfraktionelle Motion «Videoüberwachung zur Vorbeugung krimineller Handlungen» von SVP/JSVP, FDP und CVP. Erfreulicherweise wurde diese Motion mit 25 Ja- zu 41 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Hängig ist im Moment die praktisch identische Motion «Videoüberwachung zum Zweiten», die den Gemeinderat auffordert, «den gezielten und den Datenschutz wahren Einsatz der Videoüberwachung in die Wege zu leiten».

Die AG Sicherheit erarbeitete ein Positionspapier zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum und organisierte ein Podium mit Bettina Surber, Co-Präsidentin der SP St. Gallen, Mario Flückiger, Datenschützer der Stadt Bern, Markus Meyer, SP-Grossrat und Präsident des Polizeiverbandes Kanton Bern und Ulrich Pfister, Sicherheitschef des Schweizerischen Fussballverbandes. Moderiert wurde das Podium, das im Rahmen der DV vom 31.8. stattfand, von Andreas Schefer. Das Positionspapier wurde in der DV diskutiert und verabschiedet.

Die weitere Arbeit der AG Sicherheit konzentrierte sich darauf, ein weiteres Positionspapier zu verfassen, das die Grundlage für die Parolenfassung zur FDP-Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» bilden sollte. Die Initiative will die Polizeipräsenz in der Stadt Bern verstärken, obschon wir innerhalb des Kantons Bern schon heute mit Abstand am meisten Geld für die öffentliche Sicherheit bezahlen. Das Positionspapier, das sich gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag des Stadtrats ausspricht, wurde von der DV am 16.12. klar angenommen.

Das Schwerpunktthema im nächsten Jahr dürfte die Initiative «gegen gewalttätige Demonstranten» sein. Sie verlangt eine Ergänzung des Kundgebungsreglements der Stadt Bern. Aufgenommen werden soll ein sogenannter Entfernungartikel. Damit müssten sich Teilnehmende von einer Kundgebung entfernen, sobald die Polizei darauf aufmerksam macht, dass die Kundgebung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufgelöst werden muss. Die AG Sicherheit lehnt diese Initiative aus Gründen der Unverhältnismässigkeit klar ab.

Der Leiter der AG Sicherheit bedankt sich bei allen Mitgliedern, die im Berichtsjahr in der AG mitgearbeitet haben: Leyla Gül, Christian Jungen, Martin Krebs, Giovanna Battagliero, Peter Mösch und Pia Neuhaus.

Marc-André Schauwecker, marc-andre.schauwecker@unifr.ch

8.6 Arbeitsgruppe Kampagnen

2009 wurde innerhalb der SP Stadt Bern die Arbeitsgruppe Kampagnen gegründet. Entstanden ist sie aus der Kampagne des Wahlausschusses der Stadtratswahlen 2008. Karin Müller und David Stampfli wollten die kreative Arbeit aus dem Wahlkampf weiterführen, damit die SP auch ausserhalb von Wahlkämpfen eine Kampagne führen und mit Aktionen aktiv sein kann.

Die AG Kampagnen setzt sich aus einer Gruppe von VertreterInnen aus allen Stadtsektionen zusammen. Karin Müller und David Stampfli präsidieren die Arbeitsgruppe und

planen deren regelmässige Aktionen. Ziel dieser Aktionen ist es, ausserhalb der SP-Agenda auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen und die Präsenzarbeit der Sektionen besser zu koordinieren. Die AG Kampagnen führte im Jahr 2009 zwei Aktionen durch. Am 2. Mai verteilten GenossInnen im Innenhof des Progr Radiergummis mit der Aufschrift «Kultur nicht ausradieren! – SP pro Progr». Dazu wurde ein Stand aufgestellt und der Hof mit roten Ballons geschmückt. Die Aktion war abgesprochen mit den Kulturschaffenden des Progr. Die AG Kampagnen wollte damit insbesondere den BesucherInnen der Turnhalle die klare Haltung der SP für den Kulturstandort Progr aufzeigen. Zur grossen Freude konnte die Abstimmung über den Progr vom 17. Mai überraschend deutlich gewonnen werden.

Am 17. September verteilten GenossInnen auf dem Berner Bahnhofplatz unter dem Baldachin Rosen und Visitenkarten mit der Aufschrift «Autofreier Bahnhofplatz – Die Visitenkarte von Bern». Diesmal wurden gezielt die heimkehrenden PendlerInnen angesprochen. Gerade für sie wäre ein autofreier Bahnhofplatz eine grosse Erleichterung. Leider ging die Abstimmung am 27. September knapp verloren.

Für das Wahljahr 2010 hat die Arbeitsgruppe Kampagnen schon eine erste Aktion geplant. Dabei sollen insbesondere die Kandidierenden direkt auf der Strasse angesprochen werden.

Die Leitung der AG Kampagnen ist zufrieden mit dem Start. Allerdings besteht noch grosses Verbesserungspotenzial. Die regelmässige Präsenz der Vertretungen aller Sektionen in der Arbeitsgruppe und eine stärkere Zusammenarbeit unter den Sektionen wären sehr wünschenswert. Wir hoffen, dass wir im Wahljahr 2010 der SP noch mehr Schub geben können!

Karin Müller, karin.mue@gmx.net & David Stampfli, david.samuel.stampfli@gmail.com

8.7 Schulfraktion

Die regelmässigen Treffen mit den SP-Schulkommissionsmitgliedern wurden auch im Jahr 2009 fortgesetzt. Es fanden zwei Treffen statt. Dass diese Meetings einem Bedürfnis seitens der Schulkommissionsmitglieder entsprechen, zeigt die fast vollzählige Teilnahme.

Im Mittelpunkt der HV 2009 stand das Projekt «Passepartout». Die verantwortliche Projektleiterin in der kantonalen Erziehungsdirektion, Margret Däscher, stellte den Inhalt und das weitere Vorgehen des Kantons vor. Zum grossen Bedauern aller trat Martin Sahli, Schulleiter des Stapfenackers, auf die HV 2009 aus dem Vorstand nach mehr als 25 Jahren Engagement in der Schulfraktion zurück. Er wurde unter grossem Applaus verabschiedet.

Auf Beginn der neuen Legislatur für die Schulkommissionen (1. August 2009–31. Juli 2013) musste die SP als Folge der Wahlergebnisse vom November 2008 einige Sitze abgeben. Aufgrund einiger Rücktritte konnten die Bisherigen, die ihre Arbeit in den Schulkommissionen weiterführen wollten, ihre Sitze behalten.

Einmal mehr beschäftigte uns im Berichtsjahr das Schulreglement. Dieses wurde im Juni vom Stadtrat an den Gemeinderat zurückgewiesen. Da die zuständige Kommission ihre Arbeit nicht gemacht hat, endete die Debatte im Stadtrat in einem völligen Chaos.

Anlässlich der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern vom 26. Oktober wurde die Haltung der SP betreffend Einheitsschulkommission und einheitlicher Zusammenarbeitsform in den städtischen Oberstufen diskutiert. Die anwesenden Delegierten sprachen sich in einer Konsultativabstimmung klar für die Beibehaltung der bisherigen sechs Schulkommissionen aus sowie für eine einheitliche, integrative Zusammenarbeitsform

auf der Oberstufe. Für die Vorbereitung und den Input in dieser DV war der Vorstand der Schulfraktion verantwortlich.

Es ist zu hoffen, dass in der zweiten Lesung des Schulreglements im Januar 2010 eine für alle befriedigende Lösung in den strittigen Punkten gefunden werden kann und dass das Reglement endlich in Kraft treten kann und die Umsetzung des Integrationsartikels auch in der Stadt rechtlich verankert ist.

Corinne Mathieu, corinnem@swissonline.ch

9. JUSO Bern

Innerhalb des Jahres 2009 hat sich für die JUSO Stadt Bern sehr viel verändert. Der Vorstand ist zur Hälfte neu besetzt und viele neue aktive Mitglieder wurden gewonnen. Nach dem Rückschlag der Stadtratswahlen 2008 stand der Vorstand vor der schwierigen Aufgabe, die Mitglieder zu motivieren und neue Methoden zum Einbezug der aktiven Mitglieder zu finden. Dabei kam der Beschluss zur Lancierung einer nationalen Initiative an der Jahresversammlung der JUSO Schweiz sehr gelegen. Neben aktuellen regionalen Themen stand und steht auch immer die 1:12-Initiative zur Diskussion.

Neue Organisationsstrukturen

Da vier Vollversammlungen pro Jahr zu wenig Gelegenheiten bieten, aktive Mitglieder einzubeziehen, wurde im März dieses Jahres zusätzlich eine neue Organisationsstruktur eingeführt: die Mitgliederversammlungen. Die Vorstandssitzungen wurden geöffnet und aktive Mitglieder an die Sitzungen eingeladen. Noch immer besitzt der Vorstand das Vollzugsrecht (wie in den Statuten festgehalten), jedoch wurde jeweils die Meinung aller Anwesenden konsultiert. Das System hat sich bewährt, vor allem neue und motivierte Mitglieder konnten sofort einbezogen werden. Zusätzlich wurde die Vertretung an den Delegiertenversammlungen seriöser gehandhabt und eine Facebook-Gruppe gegründet, die sich vor allem für Aktionen als sehr nützlich erwies.

Jahresschwerpunkt

Als Jahresschwerpunkt wurde das Thema Jugend und Kultur gewählt. Der Schwerpunkt sollte in den Bereichen Jugendräume, Sport und politische Bildung abgedeckt werden. Vorerst wurde die Gründung eines Jugendparlaments in Betracht gezogen. Jedoch musste schnell festgestellt werden, dass ein Jugendparlament bereits seit Langem in Planung ist. Auch wurde die Situation der Jugendtreffs genauer unter die Lupe genommen, es wurde aber kein Handlungsbedarf festgestellt. Zuletzt kristallisierte sich dann die Idee einer Jugendmotion für beleuchtete Sportanlagen heraus. Die Idee wurde vertieft und die Jugendmotion schlussendlich mit einer Aktion vor dem Rathaus lanciert. Leider verlief die Unterschriftensammlung sehr harzig. Die Einreichung wurde auf Anfang 2010 verschoben.

Grossratswahlen 2010

Bereits Anfang 2009 beschäftigte sich der Vorstand mit den Grossratswahlen. In Anbetracht der Resultate der Stadtratswahlen 2008 wurde an der Jahresversammlung eine eigene Liste für die Grossratswahlen beschlossen. Damit sollte sich die Partei besser in der städtischen Politlandschaft etablieren, was zu einer besseren Ausgangslage für die nächsten Stadtratswahlen führen sollte. Ein Wahlausschuss wurde früh eingesetzt, und die KandidatInnensuche war erfolgreich. An einer ausserordentlichen Vollversammlung wurden die KandidatInnen nominiert. Die Planung und Umsetzung der Kampagnenmittel wurden jedoch verschlafen und der Wahlausschuss geriet Ende Jahr noch unter Zugzwang.

1:12-Initiative

Das Jahr 2009 stand aber auch ganz im Zeichen der Lancierung der ersten Volksinitiative der JUSO Schweiz. Nach langen, intensiven Diskussionen an den Delegiertenversammlungen entschied man sich dazu, eine Initiative zum Thema Lohngerechtigkeit zu lancieren. Im Oktober war es dann soweit: Sammelstart! Die sogenannte 1:12-Initiative, die fordert, dass der höchste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als 12-mal grösser sein soll als der niedrigste, wurde erfolgreich lanciert. Mit dieser Initiative wollen wir mehr Lohngerechtigkeit erreichen und hohe Abzocker-Löhne verhindern. Motiviert wie schon lange nicht mehr, sammelten auch die Berner Jusos jeden Samstag in der Stadt Bern. Ende Jahr ergaben erste Zählungen einen Stand von zirka 12 000 Unterschriften. Die JUSO Stadt Bern sammelte von allen Schweizer JUSO-Sektionen am meisten Unterschriften. Das war ein Grund, stolz zu sein und das Jahr 2009 erfolgreich abzuschliessen. Doch wir wissen natürlich, dass noch zahlreiche weitere Unterschriften nötig sind, deswegen werden wir weiterhin bei Wind und Wetter am Samstag sammeln. Aktionen

Wie oben schon erwähnt, lancierten wir die Jugendmotion für «Licht auf Sportanlagen» mit einer Aktion vor dem Rathaus. Mit Kerzen und Transparenten machten wir die Städtinnen und Stadträte auf das Problem aufmerksam. Im Dezember dann folgten dann zwei weitere Aktionen zum Thema 1:12-Initiative: Zum einen brachten wir an sämtlichen Briefkästen in der ganzen Schweiz den Hinweis in Magnet-Form an, dass A-Post neu Fr. 56.- und B-Post Fr. 47.60 kosten. So sollen sich Abzocker vorstellen können, wie sich ein 56 Mal tieferes Einkommen anfühlt.

Andererseits führten wir eine Woche vor Weihnachten eine Aktion zum gleichen Thema auf dem Bundesplatz durch. Mit einem ungefähr zwölf Mal kleineren Weihnachtsbaum und Geschenken stellten wir uns neben den grossen Weihnachtsbaum. Auf einem Transparenten wiesen wir die Leute darauf hin, wie Abzocker Weihnachten feiern und wie wichtig die 1:12-Initiative ist.

Halua Pinto de Magalhães, halpinto@gmx.ch

10. Kontaktadressen

Sekretariat SP Stadt Bern
Monbijoustr. 61, Postfach 1096
3000 Bern 23
031 370 07 90
bern@spbe.ch

JUSO Bern
Postfach 6846
3001 Bern
bern@juso.ch
<http://www.juso.be>

SP Bern Altstadt Kirchenfeld
Postfach 511
3000 Bern 8
info@sp-altstadt.ch
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem
Postfach 713
3018 Bern
info@spbb.ch
www.spbb.ch

SP Bern Nord
Postfach
3000 Bern 25
info@sp-bern-nord.ch
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen
Postfach
3000 Bern
info@spholligen.ch
www.spholligen.ch

SP Bern Ost
Postfach
3014 Bern
bernost@sp-be.ch
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd
Postfach
3000 Bern 23
praesidium@sp-bern-sued.ch
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Enge
Postfach 828
3000 Bern 9
info@sp-laenggasse.ch
www.sp-laenggasse.ch